

Union für Soziale Sicherheit - Experten fordern schonungslose Bilanz zur Sicherheitspolitik

by Dieter Neumann - Freitag, Dezember 23, 2016

<http://ufss.de/?p=1422>



Lehrte, 23.12.2016. Ein schrecklicher Terroranschlag in Berlin, der von der Mehrheit der Deutschen und ausländischen Freunden scharf verurteilt wird. Den Opfern wird große Anteilnahme entgegengebracht. Sicherheits- und Terrorexpernten der Union, Opposition, diversen Bündnissen und Institutionen fordern eine schonungslose Bilanz zur Sicherheitslage. Dazu gehört der Bereich Bundeswehr, Migration, innere- und außenpolitische Sicherheit.

Der Anschlag in Berlin lenkt von den eigentlichen Sicherheitsproblemen ab, dem Schutz der Politik für Staat und Gesellschaft. Die Bundeswehr steht für die Verteidigung Deutschlands und Beistand für außereuropäische Länder im Rahmen von internationalen Verpflichtungen weltweit in 12 Länder im Einsatz. Unter zu Guttenberg wurden die Streitkräfte im Rahmen der Bundeswehrreform von 331.000 auf 179.00 Angehörige reduziert. Man wollte 8,5 Mrd. Euro sparen.

Mittlerweile hat sich die Bundeswehr zu einer antiquierten Armee mit mangelhafter Ausrüstung und großen technischen Problemen geoutet. Im Rahmen von internationalen Verpflichtungen hat sie sich gegenüber der NATO zu Zahlungsverprechen von 2 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) verpflichtet. Das bedeutet, dass 2015 statt des fälligen Beitrags von 60 Mrd. Euro, nur 35 Mrd. Euro gezahlt wurden. In den letzten 12 Jahren und in den kommenden 10 Jahren würde Deutschland rund 500 Mrd. Euro zulasten anderer Mitglieder und eigener Sicherheit sparen.

Auch bei der Bundesbahn wollte man sparen und hat den Personalstand um 50 % reduziert. Die Bahn ist nicht effizienter geworden, sondern um 50 Mrd. Euro defizitärer. Ein solcher Personalabbau würde in jedem anderen Unternehmen verheerende Folgen haben. Unternehmen haben sich seit Anfang der 1970er Jahre zukunftsorientiert aufgestellt. Sie stehen für Risikominimierung, Gewinnmaximierung, sie nutzen Synergieeffekte, Rationalisierung und Zukunftsstrategien. Eigenschaften, die der Politik fremd sind.

Die Regierungen unter Brandt, Schmidt, Kohl, Schröder und Merkel haben seit 1962 150 Mrd. Euro mehr ausgegeben als der Staat eingenommen hat. Helmut Kohl hat 1989 die Senkung der Lohnsteuer/Einkommensteuer (LSt/ESt) von 56 auf 42 Prozent auf den Weg gebracht, 1991 die Börsenumsatzsteuer ersatzlos gestrichen und 1997 die Vermögensteuer ausgesetzt. Kohl, Schröder und Merkel haben somit auf Steuereinnahmen von rund 1.150 Mrd. Euro verzichtet und den Großteil der Schuldzinsen von 768 Mrd. Euro bewirkt. Davon hat sich Deutschland bis heute nicht erholt. Deutschland hat sich aufgrund ständig steigender Schulden kaputt gespart und kann dringende Reformen nicht

finanzieren und ausreichende Sicherheit nicht garantieren.

Diese Entwicklung hat dazu beigetragen, dass in den letzten 40 Jahren rund 140.000 Stellen im Öffentlichen Dienst verloren gingen, sei es aus Altersgründen, Fluktuation oder Sparmaßnahmen. Darunter gelitten haben im gleichen Maße Polizei, Zoll, Bundespolizei, Bundeskriminalamt und Geheimdienste. Wie ist es sonst zu erklären, dass Deutschland zum Rückzugsgebiet der Mafia, organisierter Kriminalität, Familienclans, Autodiebstahl und täglichen Wohnungseinbrüchen geworden ist? Das totale Versagen des Staates wird bei NSU, ASN und RAF-Verbrechen sichtbar, wobei die RAF ungestraft weiter tätig ist.

Die Wirtschaftsleistung Deutschlands ist in den letzten 15 Jahren um rund 35 Prozent gewachsen - die Sicherheit gesunken. 1,2 Mio. Flüchtlingen wurden die grenzenlose und unkontrollierte Einreise nach Deutschland gewährt. Vorteilsnahme, Geldwäsche, Steuerhinterziehung in großem Umfang, Menschen- und Drogenhandel, steigende Kriminalität, Betrug von Automobilkonzernen und Banken, sorgen für eine angespannte Sicherheitslage. Seit Jahren werden von der Politik Versprechen abgegeben, das alles positiv zu ändern. Bei einem Staatsdefizit von 2.150 Mrd. Euro plus Zahlungsversprechen von 4.800 Mrd. Euro (7.000 Mrd. Euro Staatsschulden) sind das leere Versprechungen.

Hinzu kommt, dass bis 2040 rund 20 Mio. Jobs verloren gehen und es parallel dazu zu einem gleitenden Anstieg auf 40 Mio. Rentnerinnen und Rentner kommen wird. Merkel, Gabriel, Seehofer, Eliten und Experten wissen das alles. Sie verschließen sich dem Teil der Zukunft, der über die nächste Legislaturperiode - über den Tellerrand - hinausgeht. Staats- und Regierungschefs haben keine Antworten auf die Schuldenkrise. Die Antwort wäre, eine angemessene Beteiligung aller Gesellschaftsschichten an den Kosten des Staates. Dazu fehlt ihnen Wille, Mut, Kraft und Macht sich bei Lobbys, Vermögenden und Unternehmen mit Reformen durchzusetzen.

Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr. Komplexe, präzise Antworten auf die Schulden-, Finanz-, Wirtschafts- und Vertrauenskrise bietet Agenda 2011-2012 an. Bereits im Mai 2010 wurde der Öffentlichkeit im Internet ein Reformprogramm zur Diskussion angeboten, das mit einem aktuellen Finanzrahmen von 275 Mrd. Euro für ausgeglichene Haushalte und Rückführung der Staatsschulden steht.